

## **Positionspapier der niedergelassenen Ärzte zur Gesundheitspolitik der Europäischen Union**

Der NAV-Virchow-Bund, der als einziger deutscher Verband ausschließlich die Interessen der niedergelassenen und ambulant tätigen Ärzte vertritt, befasst sich seit 1969 mit der europäischen Gesundheits- und Sozialpolitik. Der Verband vertritt die Interessen der niedergelassenen Ärzte in der deutschen Delegation des Ständigen Ausschusses der europäischen Ärzte – CPME. Darüber hinaus gründete der NAV-Virchow-Bund die Europäische Arbeitsgemeinschaft der niedergelassenen Ärzte – E.A.N.A., die eng mit dem Ständigen Ausschuss zusammenarbeitet.

Der NAV-Virchow-Bund begleitet den europäischen Prozess, insbesondere in der Gesundheitspolitik und der ärztlichen Standesvertretung seit Ende der 60er Jahren aktiv und konstruktiv. Doch inzwischen führen Bürokratisierung und Überregulierung zu schwindender Akzeptanz und Transparenz in der Bevölkerung wie auch bei den Ärztinnen und Ärzten.

Angesichts dieser Entwicklungen verbindet der NAV-Virchow-Bund sein deutliches Ja zum europäischen Einigungsprozess mit der Forderung, regionale Strukturen gegenüber zentralistischen Elementen zu stärken und nationale Errungenschaften zu erhalten. Die Gesundheitssysteme der europäischen Staaten sind nicht zu vereinheitlichen. Einheitstendenzen bedeuten stets eine Nivellierung nach unten. Daher befürwortet der NAV-Virchow-Bund den Erhalt der nationalen Gesundheitssysteme.

Das Europäische Parlament, das in diesem Jahr neu gewählt wird, ist die demokratisch legitimierte Vertretung der in der Europäischen Union lebenden Menschen. Das Europäische Parlament hat weit reichende Befugnisse erhalten und bestimmt in zunehmendem Maße das gesellschaftliche, politische, kulturelle und wirtschaftliche Leben in den einzelnen Mitgliedstaaten.

Aus diesem Grund hat der NAV-Virchow-Bund seine in vier Jahrzehnten entwickelten europapolitischen Positionen zusammengefasst:

Die Wahrung der ärztlichen **Freiberuflichkeit** hat für den NAV-Virchow-Bund auf nationaler und europäischer Ebene höchste Priorität. Die ärztliche Freiberuflichkeit definiert sich über die Ausübung des ärztlichen Berufes nach vorhergegangener freier Wahl der Berufsausübungsform, die freie Wahl des Arztes durch den Patienten, die klinische Unabhängigkeit auf der Basis von Wissen und Erfahrung, die Weisungsunabhängigkeit gegenüber dem Patienten und den Sozialpartnern, die Vertragsfreiheit und die wirtschaftliche Unabhängigkeit.

Weitere wichtige Elemente der Freiberuflichkeit sind die direkte Verantwortung für den Patienten und die damit verbundene schützenswerte Arzt-Patienten-Beziehung, die persönlich erbrachte Leistung und die soziale Verantwortung, die freie berufliche Weiterentwicklung, die freie Leistungs- und Preisgestaltung, die Qualitätssicherung

und damit verbunden die Haftung, die Gesellschafts- und Kooperationsformen und die Selbstverwaltung.

Die demografische Veränderung der Bevölkerung und die demografische Entwicklung in den Gesundheitsberufen, Ausbildungskapazitäten und Fortbildungsbedarf sowie Migrationsströme der Gesundheitsberufe stellen die europäischen Gesundheitssysteme vor große Herausforderungen. Daher begrüßt der NAV-Virchow-Bund das **Grünbuch der Europäischen Kommission über die Gesundheitsberufe in Europa**, schließt sich der Stellungnahme des CPME zu den Inhalten des Grünbuches an und hält eine detaillierte Analyse der Berufsausübungsbedingungen in jedem Mitgliedsland der Europäischen Union für dringend erforderlich. Der NAV-Virchow-Bund unterstützt nachdrücklich die Forderung nach angemessenen Arbeitsbedingungen und einer angemessenen Bezahlung ärztlicher Leistungen.

Ärztliche Leistungen müssen frei von rein wirtschaftlichen Einflüssen erbracht werden. Jeder Arzt ist für seine Leistungen persönlich verantwortlich.

Die Gesundheitsversorgung kann und darf nicht den Kräften der freien Marktwirtschaft unterliegen.

Die niedergelassenen Ärzte befürworten gemeinsame europäische Standards hinsichtlich einer hoch qualifizierten Aus-, Weiter- und Fortbildung, lehnen allerdings eine Kompensation von Ausbildungskosten bei der Migration der Gesundheitsberufe ab. Hier gilt der Grundsatz der Freizügigkeit aller Berufe in der Europäischen Union.

Im Zusammenhang mit dem **Bologna-Prozess**, der europaweit ein Studium mit Bachelor- und Masterabschlüssen sowie eine entsprechende Gliederung des Medizinstudiums vorsieht, fordert der NAV-Virchow-Bund, dass nur der Masterabschluss und das Staatsexamen zur ärztlichen Approbation berechtigen und damit zur Versorgung der Patienten.

Im Übrigen gelten die Richtlinien der ärztlichen Aus- und Weiterbildung der Europäischen Union, mit einer Grundausbildung von 5.500 Stunden.

Bei der Umsetzung von e-health-Projekten ist Voraussetzung, dass hierdurch die ärztliche Tätigkeit unterstützt wird und es dem Patienten nützt. Patientendaten müssen vertraulich behandelt werden. Es darf keine Beeinflussung durch rein wirtschaftliche Marktkräfte geben.

### **EU Richtlinienentwurf zur Ausübung der Patientenrechte in der grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung:**

Der NAV-Virchow-Bund hat sich mit dem vorliegenden Richtlinienentwurf befasst und begrüßt grundsätzlich die darin enthaltene Regelung zur Sicherheit der Patienten.

Die niedergelassenen Ärzte befürworten die Festlegung von Qualitäts- und Sicherheitsstandards in der Gesundheitsversorgung sowie deren Einhaltung durch die Dienstleister als Aufgabe der EU-Mitgliedstaaten, fordert jedoch eine Festsetzung der Qualitäts- und Sicherheitsstandards auf dem höchst möglichen Niveau. Qualitätsstandards dürfen kein Steuerungsinstrument für die Gesundheitsversorgung sein.

Leitlinien und Normen zur Erleichterung der Erbringung grenzüberschreitender Gesundheitsdienstleistungen müssen durch wissenschaftliche Gremien der EU-Mitgliedstaaten erarbeitet werden.

Bei der Inanspruchnahme ambulanter Leistungen ohne vorherige Zustimmung des Versicherungsträgers auf der Basis der Kostenerstattung in Höhe der im Herkunftsland des Versicherten geltenden Leistungssätze, fordert der NAV-Virchow-Bund eine vorherige, verbindliche Regelung der Finanzierung.

Der NAV-Virchow-Bund ist für die Schaffung nationaler Kontaktstellen, die Patienten über ihre Rechte bei der Inanspruchnahme grenzüberschreitender Gesundheitsversorgung informieren, insbesondere über Folgeschäden einer Behandlung. Der Verband der niedergelassenen Ärzte Deutschlands fordert in diesem Zusammenhang jedoch die Einführung der verschuldensunabhängigen Haftung.

Was den Aufbau europäischer Referenznetze, die Förderung der gegenseitigen Anerkennung von Verordnungen, die bessere Zusammenarbeit auf dem Sektor Telematik, neuer Technologien und den Aufbau einer Datensammlung sowie die Empfehlung zur grenzüberschreitenden Interoperabilität elektronischer Patientendatenbanken, die länderübergreifend kompatibel sind, betreffen, lehnt der NAV-Virchow-Bund grundsätzlich jede Form der zentralen Datenspeicherung ab und fordert die strikte Einhaltung des Schutzes personenbezogener Daten.

### **Kostenerstattung**

Der NAV-Virchow-Bund fordert die europaweite Einführung der Kostenerstattung mit dem Ziel, die Transparenz des Leistungsgeschehens und den zielgerichteten Einsatz der Inanspruchnahme medizinisch-ambulanter Leistungen zu verbessern.

Die Anstrengungen der Europäischen Kommission gegen **Arzneimittelfälschungen** geeignete Maßnahmen zum Schutz der Patienten zu ergreifen und für eine verbesserte **Arzneimittelsicherheit** zu sorgen, werden vom NAV-Virchow-Bund ausdrücklich begrüßt.

Die niedergelassenen Ärzte wenden sich hingegen strikt gegen eine **Aufhebung des Informationsverbotes für Arzneimittel**.

Berlin/Köln im April 2009